



Österreichs unglaubliche Anti-Atompolitik - die Atomgeschäfte des VERBUNDS und Forderungen für eine wirksame Anti-Atompolitik

Grüne und Umweltdachverband fordern Kanzler Faymann und Wirtschaftsminister Mitterlehner zur Klärung der Atomgeschäfte des VERBUND Konzerns auf und stellen im Vorfeld des Atomgipfels gemeinsame Forderungen für eine glaubwürdige Anti-Atompolitik.

Pressekonferenz

mit

Eva **Glawischnig**, Bundessprecherin der Grünen

Christiane **Brunner**, Umwelt- und Energiesprecherin der Grünen

Gerhard **Heilingbrunner**, Präsident des Umweltdachverbands

Medienzentrum des Parlaments
Dr. Karl Renner-Ring 3, A-1017 Wien

29.06.2011, 09.30 Uhr

Österreichs unglaubliche Anti-Atompolitik - die Atomgeschäfte des VERBUNDS und Forderungen für eine wirksame Anti-Atompolitik

Grüne und Umweltdachverband fordern Kanzler Faymann und Wirtschaftsminister Mitterlehner zur Klärung der Atom-Geschäfte des VERBUND Konzerns auf und stellen im Vorfeld des Atomgipfels gemeinsame Forderungen für eine glaubwürdige Anti-Atompolitik.

Pressekonferenz Eva Glawischnig Christiane Brunner und Gerhard Heilingbrunner am 29. Juni 2011

Zusammenfassung

Die Österreichische Bundesregierung hat im Zuge ihrer Klausur im Mai 2011 angekündigt, dass Österreich „spätestens ab 2015 unabhängig von Atomstrom sein wird“. Am 01. Juli 2011 findet auf Einladung von Bundeskanzler Faymann ein Anti-Atomgipfel im Bundeskanzleramt statt, an dem Minister von SPÖ und ÖVP sowie VertreterInnen von Energieunternehmen und NGOs teilnehmen werden. Im Vorfeld dieses Gipfels, an dem auch VERBUND – Chef Wolfgang Anzengruber teilnehmen wird, werfen die Grünen und der Umweltdachverband entscheidende Fragen des Österreichischen Anti-Atom-Kurses auf und präsentieren zentrale Forderungen um der Österreichischen Anti-Atom Politik Glaubwürdigkeit zu verleihen. Umweltdachverband und Grüne fordern eine Offenlegung der Atomgeschäfte des mehrheitlich staatseigenen VERBUND Konzerns und einen schnellstmöglichen Ausstieg aus dem Atomstromhandel der österreichischen Stromproduzenten. Darüber hinaus verlangen Grüne und Umweltdachverband weitere Maßnahmen, um die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der österreichischen Anti-Atompolitik zu stärken. Dazu zählen u.a. ein wirksames, neues Ökostromgesetz und rechtliche Schritte gegen grenznahe Risiko-AKW.

Einleitung

Laut Stromkennzeichnungsbericht der E-Control wurde 2009 in Österreich über 8.500 GWh Strom aus unbekannter Herkunft, so genannter „grauer Strom“, an Endkunden verkauft. Fast 30% dieses Stroms stammen aus Kernkraftwerken, womit Österreich rechnerisch einen Atomstromanteil von etwa 6% aufweist. Der Atomstromanteil variiert je nach Energieversorgungsunternehmen (EVU) und auch innerhalb der Unternehmen. So bezieht beispielsweise eine Tochter der eigentlich für ihre Wasserkraft bekannten VERBUND AG („Verbund - Austrian Power Sales GmbH“) über vier Fünftel (82,96%) grauen Strom und verkauft somit Atomstrom in der Größenordnung eines Donaukraftwerks an Firmen- und Industriekunden in Österreich.

Der VERBUND ist einer der größten Stromhändler Europas und verkauft ein Vielfaches der Eigenproduktion. So wird beispielsweise sowohl in Deutschland als auch in Österreich sauberer Wasserkraftstrom vom VERBUND vermarktet. Die Eigenproduktion des Konzerns reicht jedoch dafür nicht aus. Das heißt, dass der VERBUND massiv Strom zukaufen muss. Der VERBUND muss offenlegen, woher genau dieser Strom kommt.

Darüber hinaus kauft der VERBUND Graustrom zu Billigpreisen zum direkten Weiterverkauf sowie zum „Aufladen“ der Pumpspeicherkraftwerke um dann bei günstiger Preislage teuer weiterzuverkaufen. Wir fragen, ob der von der VERBUND-Werbung verliehene Titel „Grüne Batterien der Alpen“ für Pumpspeicherkraftwerke unter diesen Umständen noch vertretbar ist.

Die österreichische Anti-Atom Politik ist nicht glaubwürdig, solange Österreich selbst Atomstrom importiert und die mehrheitlich in Staatsbesitz stehende Verbund Gesellschaft und andere EVUs mit Atomstromhandel Profite machen.

Atomstromimporte nach Österreich werden nicht für die Versorgungssicherheit benötigt. Der subventionierte Atomstrom wird von österreichischen EVU zu Dumpingpreisen ausschließlich aus Profitinteressen zugekauft. Die größten Atomstromimporteure wie z.B. die staatseigene VERBUND AG könnten schon schneller umsteigen. Anstatt „grauen Strom“ vom europäischen Strommarkt zu kaufen, sollte ausschließlich zertifizierter, mit Herkunftsnachweisen versehener Strom aus erneuerbaren Energien gekauft werden.

Die Geschäftspraktiken des VERBUND Konzern werfen mehrere Fragen auf, die die Glaubwürdigkeit Österreichs als Anti-Atomland ernsthaft gefährden. Daher werden die Grünen an Wirtschaftsminister Mitterlehner, in seiner Funktion als Eigentümervertreter, eine parlamentarische Anfrage zu den Geschäftspraktiken des VERBUNDS stellen. Darin werden u.a. die vollständige Aufklärung und ein Ende der Atomgeschäfte von Österreichs größtem Stromversorger verlangt.

Auch an Bundeskanzler Faymann richten die Grünen eine parlamentarische Anfrage. Er soll klarstellen, welche konkreten Schritte er unternehmen wird, um wie angekündigt bis 2015 unabhängig von Atomstromimporten zu sein. Soll Österreich nur bilanziell unabhängig von Atomstromimporten sein– sich also theoretisch selbst versorgen– oder darf ab 2015 tatsächlich keinen Atomstrom mehr verkauft und gehandelt werden. Darüber hinaus ist nicht einzusehen, warum die Bundesregierung erst 2015 unabhängig von Atomstrom sein will. Österreichische Energieversorger können früher aus dem Atomgeschäft aussteigen, wie dies zum Beispiel MyElectric beweist: hatte das Unternehmen im Jahr 2010 mit einem Viertel noch einer der höchsten Atomstromanteile Österreichs, so wird schon ab 2013 nur noch zertifizierter Atomstrom-freier Strom gekauft (siehe Anhang II). Das können alle anderen EVU's auch. Daher: Atomausstieg schon 2013!

|

Vor dem Anti-Atomgipfel der Bundesregierung stellen die Grünen und der Umweltdachverband folgende Forderungen an denen die Glaubwürdigkeit der Österreichischen Anti-Atompolitik zu messen sein wird:

1. Kein Atomstrom ab 2013: Österreichische EVUs wie der VERBUND, die in öffentlichem Mehrheitseigentum sind, sollen keinen Strom unbekannter Herkunft an den Strombörsen kaufen oder an Endkunden weiterverkaufen. Sie sollen schrittweise auf zertifizierten Strom umstiegen und gesetzlich verpflichtet werden, entsprechende Herkunftsnachweise vorzulegen bzw. angehalten werden, bei direkten Stromgeschäften („over the counter Geschäfte“) auf Atomstromhandel zu verzichten.
2. Transparenzpaket:
 - Volle Information für KonsumentInnen über die Herkunft des Stroms und die Offenlegung aller Stromhandelsgeschäfte des VERBUNDS und anderer österreichischer EVU in öffentlichem Mehrheitseigentum.
 - Kennzeichnungspflicht für Pumpstrom: Es muss sichergestellt werden, dass die „grünen Batterien“ der Alpen nicht mit billigen Atomstrom betrieben werden.
 - Volle Information für KonsumentInnen: Alle Betriebe (Gewerbe, Handel, Industrie) sollen ab 2013 die von ihnen bezogene Stromzusammensetzung (Ökostrom, Atomstrom, etc.) in geeigneter Form bekanntgeben. Um mit gutem Beispiel voran zu gehen, soll es für öffentliche Einrichtungen zusätzlich eine Verpflichtung zum Bezug von 100% Ökostrom geben.
3. Grüne Energiewende in Österreich
 - Herzstück muss ein wirksames, neues Ökostromgesetz sein. Dafür braucht es eine Anhebung der Fördermittel und ambitionierte Ziele.
 - Ohne Energieeinsparung geht es nicht. Wir fordern deshalb eine Energieeffizienzoffensive: Energieeffizienzmilliarde für Offensive bei thermischer Sanierung, Energiesparoffensive, Gratisenergieberatung für jeden Haushalt
4. Offensive Anti-Atom-Außenpolitik
 - Rechtliche Schritte gegen grenznahe AKW: Unterlassungsklagen gegen den Weiterbetrieb fünf grenznaher AKW Fukushima-Typs ohne Vollcontainment und Vertragsverletzungsverfahren gegen europarechtswidrige UVP für den Ausbau von Temelin und Mochovce.
 - Schluss mit den Milliardensubventionen für die Atomindustrie: österreichische Initiative für strenge und einheitliche europäische Atomhaftungsregeln
 - Veto gegen EURATOM: Das EURATOM-Forschungsprogramm 2012-13, das auch die Entwicklung neuer Reaktorkonzepte finanziert, wurde mit Zustimmung Österreichs inhaltlich beschlossen. Jetzt gibt es nur mehr eine Chance, dieses EU-Atomförderprogramm aufzuhalten: Österreich darf beim noch ausstehenden EU-Budgetbeschluss zum EURATOM-Programm im Herbst nicht zustimmen.

Die Forderungen der Grünen und des Umweltdachverbandes im Detail:

1. Kein Atomstrom ab 2013: Österreichische EVUs wie der VERBUND, die in öffentlichem Mehrheitseigentum sind, sollen keinen Strom unbekannter Herkunft an den Strombörsen kaufen oder an Endkunden weiterverkaufen. Sie sollen schrittweise auf zertifizierten Strom umsteigen und gesetzlich verpflichtet werden, entsprechende Herkunftsnachweise vorzulegen bzw. angehalten werden, bei direkten Stromgeschäften („over the counter Geschäfte“) auf Atomstromhandel zu verzichten.

Atomstromimporte nach Österreich werden nicht für die Versorgungssicherheit benötigt. Der subventionierte Atomstrom wird von österreichischen EVU zu Dumpingpreisen ausschließlich aus betriebswirtschaftlichen Gründen zugekauft. Die größten Atomstromimporteure wie die staatseigene VERBUND AG könnten schon viel schneller umsteigen. Anstatt „grauen Strom“ vom europäischen Strommarkt zu kaufen, sollte ausschließlich zertifizierter Strom aus erneuerbaren Energien gekauft werden.

Dass das funktioniert beweist beispielsweise MyElectric. Das Unternehmen hatte 2010 noch einen Graustrom-Anteil von 84% und somit ca. ¼ Atomstrom. Nach Fukushima kündigte das Unternehmen an, den Graustrom-Anteil sukzessive zu verringern und bis spätestens 2013 keinen Graustrom und daher auch keinen Atomstrom mehr zu beziehen. Auch die Tiroler Wasserkraft AG (TIWAG) kündigte einen ähnlichen Schritt an.

Der VERBUND ist der größte Stromkonzern Österreichs und zu 51% im Besitz der Republik Österreich. Die Tochtergesellschaft „Verbund - Austrian Power Sales GmbH“ vertreibt in Österreich an Firmen- und Industriekunden über vier Fünftel (82,96%) grauen Strom und verkauft somit Atomstrom in der Größenordnung eines Donaukraftwerks. Für Österreichs Glaubwürdigkeit in der Anti-Atompolitik ist es unerlässlich, dass das Unternehmen aus dem Atomgeschäft aussteigt. Die Bundesregierung – allen voran Wirtschaftsminister Mitterlehner – kann als Haupteigentümer diesen Schritt einleiten. Zusätzlich fordern wir die Bundesregierung auf, den Druck auf die Landesenergieversorger zu erhöhen, damit auch alle anderen EVU´s aus dem Atomgeschäft aussteigen.

2. Transparenzpaket: Volle Information für KonsumentInnen über Aktivitäten der EVU´s sowie des Strombezugs aller Betriebe

- **Wir fordern volle Information für KonsumentInnen über die Herkunft des Stroms und die Offenlegung aller Stromhandelsgeschäfte des VERBUNDS und anderer EVU in öffentlichem Mehrheitseigentum!**

Der VERBUND ist der größte Stromkonzern Österreichs und zu 51% im Besitz der Republik Österreich. Vorstandsvorsitzender Dr. Anzengruber betont dabei immer, dass der Verbund zu 90% Strom aus Erneuerbaren, vornehmlich Wasserkraft produziert und verkauft.

Der VERBUND bewirbt Privatkunden mit 100% zertifizierten Strom aus Wasserkraft. Allerdings verkauft das Unternehmen in Österreich, Deutschland und Frankreich bei weitem mehr Wasserkraftstrom als es selbst produziert. Laut den Geschäftsberichten der Jahre 2006 bis 2010 kommt der Verbund je nach Niederschlagsmenge auf eine Eigenproduktion von 28 bis 31 TWh. Der Konzernabsatz des Verbundes beträgt aber seit 2005 deutlich über 50 TWh. So lag dieser im Jahr 2010 bei 55.729 TWh. Davon wurden rund 25 TWh in Österreich, 21 TWh in Deutschland und 7 TWh in Frankreich verkauft. Zwischen Eigenproduktion des VERBUNDS und den vom

Konzern verkauften Strommengen ergibt sich daher eine Differenz von rund 25 TWh. Wir wollen wissen, wie der VERBUND diese Differenz ausgleicht. Woher stammt der Wasserkraftstrom, den der VERBUND verkauft? Die eigene Erzeugung reicht ja nicht aus. Wir fordern eine Offenlegung aller Herkunftsnachweise für den vom VERBUND verkauften Wasserkraftstrom. Herr Anzengruber, woher kommt ihr Wasserkraftstrom?

Darüber hinaus ist der Verbund auch noch als Stromhändler tätig (Termingeschäfte – Forwardcontracting, ...). Im Geschäftsbericht wird hier ein Volumen von 85 TWh ausgewiesen, ein Vielfaches des Absatzes in Österreich. Wir wollen von Wirtschaftsminister Mitterlehner wissen, ob der VERBUND hier im großen Stil mit Atomstrom handelt. Solange ein österreichisches Staatsunternehmen mit Atomstrom handelt und dadurch für die Republik Österreich Geld verdient, ist die Anti-Atompolitik Österreich zutiefst unglaublich! Firmen, die mehrheitlich der Republik gehören, dürfen nicht mit Atomstrom handeln! Wir fordern daher die Offenlegung der Stromhandelsgeschäfte des VERBUNDS und den sofortigen Stopp des Handels mit Atomstrom.

- **Kennzeichnungspflicht für Pumpstrom: Es muss sichergestellt werden, dass die „grünen Batterien“ der Alpen nicht mit billigen Atomstrom betrieben werden.**

Energieversorgungsunternehmen wie der Verbund bewerben den Ausbau der Pumpspeicherkraftwerke als Investitionen in die „grünen Batterien in den Alpen“. Gibt es für die Kraftwerke des Verbundes für das vergangene Jahr 2010 den Nachweis, dass in den Pumpspeicherkraftwerken tatsächlich grüner Strom gespeichert wurde, oder ist die Bezeichnung „grüne Batterien“ nur ein Marketing-Gag des VERBUNDS? Welcher Strom wird wirklich für den Betrieb der Pumpspeicherkraftwerke verwendet? Um KonsumentInnen täuschung auszuschließen, fordern wir eine generelle Kennzeichnungs- und Veröffentlichungspflicht der Stromzusammensetzung von Pumpstrom für alle Speicherkraftwerke in Österreich durch eine Verordnung zum EIWOG¹. Den Beinamen „Grüne Batterien“ muss verdient werden und ist nur für Pumpstrom aus 100% zertifizierten Erneuerbaren gerechtfertigt!

- **Volle Information für KonsumentInnen: Alle Betriebe (Gewerbe, Handel, Industrie) sollen ab 2013 die von ihnen bezogene Stromzusammensetzung in geeigneter Form bekanntgeben.**

Österreich ist Teil des europäischen Energie-Binnenmarktes. KonsumentInnen haben das Recht auf die freie Wahl ihres Stromversorgungsunternehmens. KonsumentInnen müssen aber ebenso darüber informiert werden welcher Strom in den Dienstleistungen und Waren steckt, die sie in Österreich erwerben eine Stromtransparenz-Verordnung auf Basis des EIWOGs die alle Betriebe (Gewerbe, Handel und Industrie) ab 1.1.2013 verpflichtet, ihren KundInnen und der Öffentlichkeit jährlich die bezogene Stromzusammensetzung in geeigneter Form bekanntzugeben. Dadurch wissen KonsumentInnen, welche Unternehmen den österreichischen Anti-Atomkonsens aktiv mittragen und welche billigen Atomstrom beziehen.

Zusätzlich zur Informationspflicht sollen staatliche Einrichtungen auf 100% grünen zertifizierten Strom umstellen. Auch an Firmen, die mehrheitlich in Staatsbesitz sind, müssen von Eigentümerseite zum Umstieg auf Ökostrom bewegt werden.

¹ Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz 2010

3. Grüne Energiewende in Österreich: um Österreich von Energie- und somit auch Atomstromimporten für immer unabhängig wird braucht es ein wirksames Ökostromgesetz und eine Energieeffizienzoffensive.

- **Herzstück für die Grüne Energiewende: ein wirksames, neues Ökostromgesetz**

Diese Ankündigung des Kanzlers darf keine leere Phrase zu bleiben. Denn die Verhandlungen über ein neues Ökostromgesetz sind jetzt in der heißen Phase. Viele Akteure signalisieren Bereitschaft, sich endlich zu bewegen, andere stehen auf der Bremse und drohen einen Verhandlungserfolg zu blockieren. Insbesondere der engste wirtschaftspolitische Berater des Kanzlers, AK-Chef Muhm, bekämpft ein wirksames Ökostromgesetz und forciert damit ein Atomstromgesetz. Auch Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer stehen auf der Bremse. Dabei ist die Argumentation der Ökostromblockierer, Ökostrom würde den Strompreis hoch belasten schlicht falsch. Was den Strompreis in die Höhe treibt sind die steigenden Ölpreise weltweit und die Profitmargen der Stromkonzerne. Wenn wir heute die Förderung für Ökostromanlagen um 10 Millionen Euro anheben, würde das die österreichischen Haushalte in diesem Jahr mit genau 1 Euro belasten. Mittelfristig wird ohnehin nur erneuerbarer Strom bezahlbar sein.

Der Anteil erneuerbarer Energien am österreichischen Stromverbrauch sinkt. Basierte die Stromversorgung Österreichs im Jahr 2000 noch zu 72 Prozent auf erneuerbarer Energie, waren es 2008 nur noch 63 Prozent. Im Jahr 2009 wurde aufgrund der verfehlten Förderpolitik der Bundesregierung kein einziges Windrad aufgestellt. Das von Österreich viel kritisierte AKW Land Tschechien stellte im gleichen Jahr 20 Mal mehr Sonnenenergie (PV) – Anlagen auf als Österreich. Österreich wurde vom Stromexporteur zum Atomstromimportland. Österreich kann in Zukunft auf Atomstromimporte und den zunehmenden Einsatz von fossiler Energie in der Stromerzeugung verzichten: Ein Ökostromgesetz, das sich das Ziel setzt bis 2020 einen Anteil von 25 Prozent Ökostrom (ohne Großwasserkraft) in den Markt zu bringen, ist die Voraussetzung dafür.

Grünes Ökostromgesetz:

- Der Abbau der Begrenzungen für den Ökostrom-Ausbau im neuen Gesetz: Signifikante Erhöhung des jährlichen Unterstützungsvolumen
- Klare, ambitionierte Ziele bis 2015 und 2020. Die Herausforderung heißt 100% Strom aus erneuerbarer Energie bzw. 25% Ökostrom ohne Wasserkraft bis 2020.
- Faire, längerfristig planbare Tarife für die Einspeisung von Ökostrom
- Verwaltungsentlastung und Anerkennung für kleine Photovoltaikanlagen

- **Energieeffizienzoffensive**

Die thermische Gebäudesanierung (z.B. Dach- und Fassadendämmung, Fenstertausch, Heizungsoptimierung etc.) ist eine der effektivsten Maßnahmen für Energie-Einsparung und Klimaschutz. Das erste 100-Mio.-Paket der Bundesregierung für das Jahr 2009 war erfolgreich. Laut WIFO wurden Investitionen von rund 650 Mio. € ausgelöst, rund 7.000 Arbeitsplätze gesichert und 5,3 Millionen Tonnen CO₂ (über die Lebensdauer der Investitionen) eingespart. Durch Einsparungen beim Arbeitslosengeld und die mit den Bautätigkeiten verbundenen Steuereinnahmen hat der Staat rund 200 Mill. € eingenommen. Die Förderungen finanzieren sich also zu einem großen Teil selbst. Zwar setzt die Bundesregierung auf einem niedrigeren Niveau die Förderung der thermischen Sanierung

fort. Doch die Länder kürzen ihre diesbezüglichen Programme massiv. Es steht deshalb ab heuer maximal dasselbe wenn nicht sogar weniger Fördervolumen zur Verfügung. Eine Energieeffizienzmilliarde finanziert:

- eine echte Offensive für thermische Sanierung
- eine umfassende Energiesparoffensive mit Anreizförderungen für den Austausch energieverschleudernder Elektrogeräte
- Gratisenergieberatung für jeden Haushalt

4. Offensive Anti-Atom Außenpolitik.

- **Rechtliche Schritte gegen grenznahe AKW: Unterlassungsklagen gegen den Weiterbetrieb fünf grenznaher AKW Fukushima-Typs ohne Vollcontainment und Vertragsverletzungsverfahren gegen europarechtswidrige UVP für den Ausbau von Temelin und Mochovce**

Fünf in Betrieb befindliche und zwei stillgelegte deutsche Atomkraftwerke an Österreichs Grenze sind genauso unsicher wie Fukushima. Sie haben kein vollwertiges Containment, also keine Schutzhülle, die im Falle eines schweren Unfalls, den Austritt von Radioaktivität zurückhalten kann. Daher muss die Bundesregierung Unterlassungsklagen gegen den Weiterbetrieb dieser AKW einbringen.

In einer Analyse für das Land Oberösterreich, die Umweltlandesrat Rudi Anschober bereits den Umweltreferenten der Bundesländer präsentiert hat, hat der frühere Antiatom-Berater des Landes, Radko Pavlovec untersucht, welche grenznahen AKW kein Volldruckcontainment besitzen. Dieses Fehlen war neben der Naturkatastrophe eine Hauptursache für die Reaktorkatastrophe von Fukushima. Alternative Druckausgleichssysteme (wie im slowakischen AKW Mochovce) haben sich als nicht funktionsfähig erwiesen.

Die Grünen fordern daher von der Bundesregierung und den Ländern das Einbringen von Unterlassungsklagen gegen einen Weiterbetrieb dieser Hochrisiko-AKW, wie dies Oberösterreich im Fall Temelin bereits gemacht hat. In einem jahrelangen Rechtsstreit konnte dabei bei EuGH die Zulässigkeit derartiger Klagen auch grenzüberschreitend und Linz als Gerichtsstandort durchgesetzt werden. Auf dieses Präjudiz kann die Bundesregierung nun bei den Unterlassungsklagen gegen die grenznahen AKW zurückgreifen werden.

Vertragsverletzungsverfahren gegen europarechtswidrige UVP-Verfahren für Weiterbau von Temelin und Mochovce einleiten

Selbst der EuGH bzw. die UNO haben bereits bestätigt, dass die UVP-Verfahren für den Weiterbau von Mochovce und Temelin europarechtswidrig sind. Das ist ein Trumpf für Österreichs Kampf gegen diese beiden zusätzlichen Bedrohungen. Allerdings muss die Bundesregierung endlich aktiv werden und in der EU endlich Vertragsverletzungsverfahren gegen die beiden Länder starten. Dann hat Österreich eine hervorragende Chance, ein zurück an den Start bei beiden Verfahren zu erreichen und damit zumindest eine jahrelange Zeitverzögerung für den Bau der geplanten AKW zu erreichen.

- **Schluss mit den Milliardensubventionen für die Atomindustrie: österreichische Initiative für strenge und einheitliche europäische Atomhaftungsregeln**

Atomkraftwerke sind nicht versicherbar. Zu diesem drastischen Schluss kommt eine aktuelle Studie der Versicherungsforen Leipzig GmbH, einem Dienstleister, der für mehr als hundert

Firmen der Versicherungsbranche Studien erstellt. Die Kosten für einen Super-GAU in Deutschland sind laut Berechnungen der StudienautorInnen so hoch, dass keine Versicherung sie übernehmen würde. Der Maximalschaden für einen Super-GAU beträgt gemäß der Studie ca. 6000 Milliarden Euro, eine unvorstellbare und vor allem unbezahlbare Summe.

Demgegenüber nehmen sich die Haftungssummen in Deutschland und anderen Staaten lächerlich gering aus. Mit bis zu 2,5 Milliarden Euro je AKW hat Deutschland vergleichsweise noch die strengsten Haftungsregeln. Noch niedriger sind die Haftungsauflagen in Tschechien: etwa im Fall des AKW Temelin lediglich 250 Millionen Euro, wobei allerdings nur 100 Mio. vom Betreiber CEZ übernommen werden muss und der Rest vom Staat abgedeckt wird. Die unverschämteste Subvention von Atomstrom, die auch mit den Wettbewerbsregeln völlig unvereinbar ist, praktiziert Frankreich mit einer Gesamthaftungssumme von 90 Mio. Euro für alle (!) 58 AKW.

Müssten die AKW-Betreiber ihre Reaktoren adäquat gegen nukleare Katastrophen versichern, würde der Preis je Versicherungsmodell auf bis zu 2,36 Euro je Kilowattstunde steigen, das entspräche dem zehnfachen Preis des durchschnittlichen Haushaltsstrompreises in Deutschland. Die Stromkosten für KonsumentInnen würden also dramatisch steigen. Atomkonzerne machen mit billigem Atomstrom Milliardenprofite, das Risiko trägt die Allgemeinheit. Das ist nach Fukushima nicht länger hinzunehmen. Einheitliche und strenge Haftungsauflagen für AKW-Betreiber in ganz Europa sind daher ein Gebot der Stunde, müssen eine zentrale Lehre aus Fukushima für Europa sein. Strenge einheitliche Haftungsregelungen würden ein rasches Aus für Atomenergie in der gesamten EU bringen. Dafür muss die Bundesregierung jetzt Druck machen.

- **Österreichisches Veto gegen EURATOM**

Das EURATOM-Forschungsprogramm 2012-13, das auch die Entwicklung neuer Reaktorkonzepte finanziert, wurde mit Zustimmung Österreichs inhaltlich beschlossen. Jetzt gibt es nur mehr eine Chance, dieses EU-Atomförderprogramm aufzuhalten: Österreich darf beim noch ausstehenden EU-Budgetbeschluss zum EURATOM-Programm im Herbst nicht zustimmen.

Anhang I – TIWAG Pressemeldung vom 31.05.2011

Quelle: http://www.tiroler-wasserkraft.at/de/hn/oeffentlichkeitsarbeit/aktuelle_meldungen/news/data/05227/index.php

TIWAG und Innsbrucker Kommunalbetriebe: Atomstromfreier Versorgermix für Tirol

Ab sofort gewährleisten die TIWAG und die Innsbrucker Kommunalbetriebe (IKB) allen Tiroler KundInnen eine atomfreie Stromkennzeichnung. Durch Zukauf von Herkunftsnachweisen wird der bisher 27-prozentige "Graustrom"-Anteil (ENTSO-E-Mix) aus der Tiroler Stromversorgung eliminiert. Bekanntlich enthielt der bisher importierte "Graustrom" seinerseits einen knapp 29-prozentigen Atomstromanteil – was rund 8 Prozent des gesamten Tiroler Landesverbrauchs entspricht.

Sauberer Strom wird nicht teurer

Die TIWAG und die IKB ersetzen den "Graustrom" insbesondere durch den Zukauf von Zertifikaten aus Wasserkraft und aus vergleichsweise umweltfreundlichen Erdgaskraftwerken. Die neue Stromkennzeichnung (Labeling) wird – beginnend mit Juni 2011 – auf den Kundenrechnungen ausgewiesen. Für die KundInnen wird der Strom nicht teurer, denn die Mehrkosten werden bis auf weiteres von den Energieversorgern übernommen.

E-Control unterbindet jeden Missbrauch

Durch den europäischen Handel mit Herkunftsnachweisen kann un zertifizierter Strom (Mix aus der gesamteuropäischen Stromerzeugungsstruktur) gegen zertifizierten Strom ausgetauscht werden. In Österreich werden die Herkunftsnachweise in einer Datenbank der Energiekontrollbehörde E-Control zentral verwaltet. Damit ist ausgeschlossen, dass Herkunftsnachweise missbräuchlich mehrfach verwendet werden können.

Objektive Zertifizierung

Diese genormten Zertifikate bzw. Herkunftsnachweise werden von unabhängigen Dritten (akkreditierte Prüf- bzw. Zertifizierungsstelle, Netzbetreiber, Regulator) ausgestellt. Somit ist gesichert, dass der Strom aus einer bestimmten Erzeugungsform - wie z. B. Wasserkraft, Biomasse, Windkraft, Fotovoltaik, Gas - in dieser Menge auch tatsächlich in das Stromsystem eingespeist wurde.

Tiroler Signal für die Energiewende

Mit dieser Weichenstellung setzen die TIWAG und die IKB gemeinsam mit ihren KundInnen ein gesellschaftspolitisches Signal für die Energiewende, auch wenn sich elektrophysikalisch an der Steckdose kurzfristig nichts ändert. Jedenfalls ausgelöst wird damit aber ein bedeutender ökonomischer Lenkungseffekt für das künftige Investitionsverhalten der Stromerzeuger: nämlich eine verstärkte Förderung der Produktion aus erneuerbaren Energiequellen, wie sie IKB und TIWAG z. B. mit dem Ausbau der heimischen Wasserkraft anstreben.

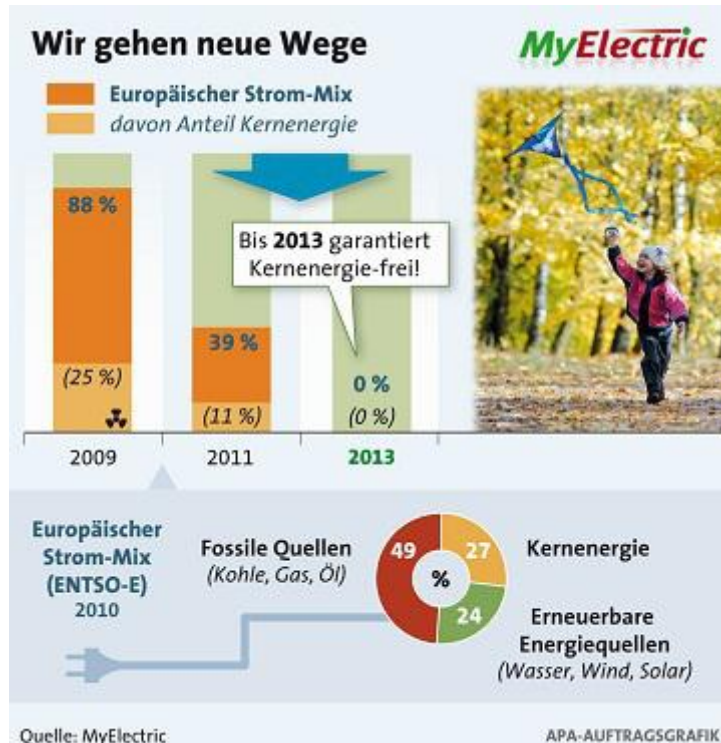
LH Platter begrüßt rasche Reaktion

Landeshauptmann Günther Platter begrüßt die rasche Reaktion der Tiroler Energieversorger auf die neuen energiepolitischen Erfordernisse: "Tirol steuert schon heute in Richtung einer Energiewende, für deren Erfolg auch der weitere Ausbau der heimischen Wasserkraft und verstärkte Anstrengungen zum Energiesparen entscheidend sein werden."

Anhang II – MyElectric Pressemeldung vom 30.05.2011

Quelle: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110530_OTS0132/myelectric-voller-ausstieg-aus-kernenergie-bis-2013-grafik

MyElectric: Voller Ausstieg aus Kernenergie bis 2013!



Wien (OTS) - "Ende März haben die Eigentümer von MyElectric, Salzburg AG und TIWAG, beschlossen, dass MyElectric in Zukunft keine Zukäufe von europäischen Strom-Mix durchführen wird, der immer auch einen Anteil an Kernenergie enthält. Damit sind die Weichen gestellt, dass MyElectric in Zukunft ausschließlich Strom an seine Kunden liefert, der garantiert und nachweislich Kernenergie-frei sein wird", erklärte MyElectric-Geschäftsführer Oskar Henglmüller heute anlässlich einer internen Präsentation der künftigen Firmenstrategie in Wien.

Der Energieversorger MyElectric, der vor zehn Jahren im Zuge der Stromliberalisierung in Österreich gegründet worden war, hat zur Sicherstellung der Stromversorgung einen Teil des Stroms über die europäische Strombörse eingekauft. "Der europäische Strom-Mix (entso-e-Mix) enthält immer auch einen Anteil - etwa 28 Prozent – an Kernenergie. Wir haben bereits in den vergangenen Jahren begonnen, den Einkauf von europäischem Strom-Mix zu reduzieren, da unsere Kunden Wert darauf legten, Strom aus umweltfreundlichen Quellen zu beziehen. Diesen Weg gehen wir nun konsequent weiter", so Henglmüller. Schon jetzt gibt es eine Reihe von (Groß-)Kunden, die von MyElectric ausschließlich mit Ökostrom beliefert werden.

Während 2010 der entso-e-Mix noch 84 Prozent des an Endkunden gelieferten Stroms von MyElectric ausmachte, hat sich dieser Anteil 2011 bereits auf 39 Prozent reduziert. Für 2012 strebt Henglmüller eine weitere maßgebliche Reduktion an. "Strombeschaffungen werden Jahre im Voraus getätigt. Gleichzeitig müssen wir natürlich bestehende Verträge erfüllen. Doch spätestens 2013 werden wir unser Ziel erreicht haben, ausschließlich Strom zu liefern, der absolut Kernenergie-frei ist."

MyElectric versorgt etwa 20.000 Kunden in Österreich mit Energie, etwa die Hälfte davon sind Kunden im Strombereich. Das Unternehmen mit Sitz in Wien hat 14 Mitarbeiter und erwirtschaftete 2010 einen Umsatz von 61 Millionen Euro. "Unsere Vision von MyElectric ist klar: Umweltfreundliche Energie muss sicher und leistbar sein. Wir bemühen uns um einen verantwortungsvollen Umgang mit Energie - darauf legen unsere Kunden auch Wert. 25 Jahre nach Tschernobyl und angesichts der Katastrophe in Fukushima ist dieser Weg der einzig richtige", betonte Oskar Henglmüller abschließend.